

Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine

Erklärung des Vorstandes der AGDF zum 24. Februar 2023

I.

Ein Jahr nach dem völkerrechtswidrigen Angriff russischer Truppen auf die Ukraine und der Entscheidung der ukrainischen Regierung, sich militärisch zu verteidigen, ist ein Ende des Krieges nicht in Sicht.

Der Angriffskrieg hat sich zu einem Abnutzungskrieg mit hohen Opferzahlen, immensen Zerstörungen und Umweltschäden entwickelt. Weitere Eskalationen sind zu erwarten, selbst eine nukleare Katastrophe ist nicht ausgeschlossen. Die Sanktionen haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen, von deren Folgen durch steigende Preise insbesondere auch Menschen in Ländern des globalen Südens existenziell betroffen sind.

Mit einem freiwilligen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine ist derzeit nicht zu rechnen. Russland bereitet vielmehr eine neue militärische Offensive vor. Die Ukraine will ihre territoriale Integrität wiederherstellen und fordert weitere Angriffswaffen zur Landesverteidigung. Zunehmende militärische Gewalt lässt befürchten, dass beide Seiten auf einen Sieg setzen und nicht bereit sind, ein Ende des Krieges durch Verhandlungen herbeizuführen.¹ Ein Waffenstillstand scheint in weiter Ferne.

Die politische Debatte in Deutschland kreist vor allem um Waffenlieferungen, um die Forderung nach einer Führungsrolle Deutschlands und eine Strategie der „Sicherheit vor Russland“. Der politische Diskurs wird der sehr komplexen politischen Situation nicht gerecht.

Die AGDF wurde 1968 gegründet, um friedensorientiertes Handeln zu initiieren und voranzubringen. Als Dach- und Fachverband der Friedensarbeit setzen wir uns für eine Welt mit gerechten Verteilungsstrukturen und ökologischer Nachhaltigkeit ein, frei von Rassismus und Diskriminierungen, ohne Waffen und ohne Gewalt – für eine Welt, in der die Menschenrechte für alle Menschen gelten und einzuhalten sind².

Zu den Kernkompetenzen der AGDF gehören jahrzehntelange Erfahrungen des Verbands und seiner Mitglieder in Gewaltprävention und ziviler Konfliktbearbeitung. Wir vertreten den Vorrang gewaltloser Konfliktlösungen und stellen uns auf die Seite der Opfer von Gewalt. Wir fordern und unterstützen deeskalierende Schritte in Krisen und die konstruktive Bearbeitung von Konflikten. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die zivilen Widerstand leisten oder sich für eine Verweigerung des Kriegsdienstes entscheiden. Aus diesen Perspektiven fragen wir, was dem Frieden dient und was ihn hindert.

Unter den Eindrücken des Kriegs gegen die Ukraine erkennen wir ethische Dilemmata³, Ratlosigkeit und offene Fragen.

Angesichts der ausweglos scheinenden Kriegslage erinnern wir daran, dass Arbeit für den Frieden ein dynamischer Prozess ist, der die Anstrengungen vieler Akteur*innen, das Durchdenken von alternativen Optionen und Zeit für Verständigung erfordert.

1 Z.B. Hessisches Institut für Friedens- und Konfliktforschung

2 Vgl. Leitbild der AGDF sowie Positionspapier Fachbereich III „Freiwilligendienst als Friedensdienst“

3 Vgl. Stellungnahme der AGDF-MV vom September 2022

Dass unsere Gestaltungsmacht Grenzen hat, bedeutet in der Konsequenz nicht, vor der Logik des Krieges kapitulieren zu müssen. Vielmehr eröffnet der Ansatz der Friedenslogik Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten.

- Wir sind überzeugt, dass der Bruch des Völkerrechts und die Missachtung von Menschenrechten nicht gebilligt werden dürfen – auch nicht durch Nichtstun.
- Wir engagieren uns an der Seite derer, die unter kriegerischer Gewalt leiden und sich dieser mit gewaltfreien Mitteln widersetzen. Fliehende unterstützen wir.
- Wir halten fest an der Kraft gewaltloser Konflikttransformation.
- Wir wissen zusammen mit militärisch und politisch Verantwortlichen, dass militärische Gewalt keinen Frieden schafft.
- Wir treten ein für plurale, demokratische Gesellschaftsordnungen, in denen das Zusammenleben auf Frieden und Versöhnung gründet.

II.

Ein Jahr nach dem Beginn des Krieges halten wir einige Beobachtungen fest:

1. Es gibt kaum gesicherte Informationen und unabhängige Untersuchungen über die Opfer des Krieges in der ukrainischen Zivilbevölkerung oder bei Soldat*innen und Söldnern auf beiden Seiten. Die Zerstörung der Infrastruktur durch russische Luftangriffe führt zu unermesslichem Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung. Untersucht werden potentielle Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch russische Soldat*innen. Sehr viele Überlebende sind traumatisiert. Vor allem Frauen werden Opfer sexualisierter Gewalt und von Zwangsprostitution.
2. Männer, die nicht in den Krieg ziehen wollen oder desertieren, werden in Russland und auch der Ukraine bestraft. Viele sind daher geflüchtet. In Deutschland wird Kriegsdienstverweigerung bisher nicht als Fluchtgrund anerkannt. Wir begrüßen es, dass Deutschland und andere EU-Staaten eine tragfähige Lösung für den Umgang mit russischen Deserteuren finden wollen.
3. Russ*innen werden häufig undifferenziert für die Politik ihrer Regierung verantwortlich gemacht, selbst wenn sie Risiken eingehen, indem sie Putins Politik öffentlich kritisieren. Sanktionen erschweren den zivilgesellschaftlichen Austausch mit Russ*innen.
4. Ungefähr 8 Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflüchtet. In Deutschland werden sie überwiegend herzlich und zu erleichterten Konditionen aufgenommen. Jedoch werden vor allem Menschen, die keinen ukrainischen Pass haben, als Geflüchtete zweiter Klasse behandelt; vielen droht die Abschiebung aus Deutschland.
5. Die breite Zustimmung zu den Resolutionen der UN-Generalversammlung, die den Angriffskrieg Russlands verurteilen, und die beschlossenen Sanktionen sind einerseits ein wichtiges Signal dafür, dass gewaltsame Interventionen von sehr vielen Staaten verurteilt werden und nicht ohne Folgen bleiben sollen. Zugleich hat die Sanktionspolitik immense negative Folgen für die russische Bevölkerung und auch weltweit, da Lieferketten unterbrochen oder zugesagte Lieferungen – Weizen aus der Ukraine für die Länder des Südens – verhindert bzw. erschwert werden; hinzu kommen steigende Preise aufgrund von Spekulationen.
6. Die wachsende militärische Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten trägt dazu bei, dass sie sich indirekt mit im Krieg befinden. Laut Äußerungen von verantwortlichen Militärs und Politiker*innen findet ein Stellvertreterkrieg statt mit dem Ziel, Russland zu schwächen. Dies

erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Russland westliche Staaten verstärkt durch Cyberangriffe, Anschläge u.a. mit ins Visier nimmt. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die russische Armee, sofern ihr eine Niederlage droht, sog. taktische Nuklearwaffen einsetzt. Es besteht ein nicht geringes Risiko, dass Atomkraftwerke in der Ukraine mit oder ohne Absicht so zerstört werden, dass radioaktive Strahlung entweicht.

7. Die Kosten des Krieges, vor allem die kontinuierliche Aufrüstung, verschlingen enorme finanzielle Ressourcen, die für die Bekämpfung der Klimakrise, von Armut und Ungerechtigkeit in der Welt dringend benötigt werden. Die Umweltzerstörung infolge des Krieges ist immens und fördert die Erderwärmung.
8. Je länger der Krieg dauert, umso mehr etabliert sich eine Kriegsökonomie. Der Profit von Rüstungsindustrie und durch illegalen Waffenhandel ist jetzt schon stark gewachsen. Nutznießende sind zudem Staaten, die ein Interesse an einer Schwächung Russlands bzw. der EU haben.

Der Weg zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zwischen gleichberechtigten Parteien ist derzeit nicht erkennbar. Wir halten ihn jedoch für unumgänglich und sehen ihn an die Bedingung geknüpft, dass die universellen Menschenrechte beachtet und die politischen Ziele der Ukraine berücksichtigt werden. Wir erwarten, dass entsprechende Schritte auf internationaler Ebene wie auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft und der Kirchen unternommen werden.

Solange dies nicht geschieht, wird die militärische Auseinandersetzung weiter eskalieren mit immer höheren Opfern, mit fortgesetzter Zerstörung, Vernichtung und Verzweiflung. Die Chancen auf einen Verständigungsfrieden sinken, wenn das Ziel eines Sieges um jeden Preis nicht aufgegeben wird.

Bonn, den 10. Februar 2023